

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 99 (2024)
Heft: 7-8

Artikel: "Reichsbürger" und "Selbstverwalter" : wie gefährlich sind sie?
Autor: Goertz, Stefan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1063118>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Reichsbürger» und «Selbstverwalter»: Wie gefährlich sind sie?

Seit Mai 2024 werden in bisher drei Verfahren Prozesse gegen die «Reichsbürger»-Gruppe um Heinrich XIII. Prinz Reuss geführt. Insgesamt sind 27 Beschuldigte angeklagt wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung und des Plans eines «gewaltsamen Umsturzes der Bundesrepublik Deutschland».

Prof. Dr. Stefan Goertz, Bundespolizei, Hochschule des Bundes, Lübeck

Bereits vor den Zugriffen 2022 hatten einige «Reichsbürger» und «Selbstverwalter» schwere Gewaltdelikte gegen Beamte verübt, einen Mord, mehrere versuchte Tötungsdelikte und zahlreiche Körperverletzungen. Im Dezember 2022 gab es wegen mutmasslicher Staatsstreichpläne einer «Reichsbürger»-Gruppierung zahlreiche polizeiliche Zugriffe. Etwa 3000 Polizeibeamte, darunter die polizeilichen Spezialkräfte GSG 9 der Bundespolizei und Spezialeinsatzkommandos mehrerer Landeskriminalämter führten zeitgleich 150 Razzien in elf Bundesländern bei 54 mutmasslichen Mitgliedern einer gewaltbereiten «Reichsbürger»-Gruppe durch, 25 Personen wurden festgenommen.

Diese hatten nach Angaben des Generalbundesanwalts eine «terroristische Vereinigung» gebildet, um die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen und einen «Staat nach Vorbild des Deutschen Reichs von 1871» zu errichten.

Heinrich XIII. Prinz Reuss

Eine zentrale Figur dieser Gruppe und ihrer Staatsstreichpläne soll Heinrich XIII. Prinz Reuss sein, der beim «Worldwebforum» in der Schweiz 2019 als Redner erklärt hatte, die Bundesrepublik Deutschland sei kein souveräner Staat, sondern nach wie vor von den Alliierten kontrolliert, und die BRD und ihre Justiz seien «Firmen». Die Sicherheitsbehörden bewerteten diese «Reichsbürger»-Gruppierung auch deswegen als hoch gefährlich, weil



Heinrich XIII. Prinz Reuss.

aktive und ehemalige Bundeswehr-Soldaten, auch Spezialkräfte (KSK), zu den Beschuldigten gehören. Intern wurde von einem «bewaffneten Arm» gesprochen und vom Plan, Heimatschutzkompanien aufzubauen. Zu den Beschuldigten gehört Rüdiger von P., Anfang der 1990er-Jahre Kommandeur eines Fallschirmjägerbataillons, bis dieses in das neu gegründete Kommando Spezialkräfte (Calw, Baden-Württemberg) aufging. Er war aus der Bundeswehr entlassen worden, weil er Waffen veruntreut und verkauft hatte.

Ein weiteres Mitglied der Gruppe, Marco von H., ein vorbestrafter, ehemaliger Zeitsoldat, ehemals im KSK, soll ebenso wie Rüdiger von P. in der Corona-Protestbewegung in Pforzheim aktiv gewe-

sen sein und dort für die «Reichsbürger»-Gruppe rekrutiert haben. Diese habe beabsichtigt, auch aktive Soldaten aus der Bundeswehr, darunter aus dem KSK, zu rekrutieren – dies scheinbar mit Erfolg. Ein Stabsfeldwebel des KSK, Logistiker, gehört ebenfalls zu den Beschuldigten.

Akteure und Ideologie

Die deutschen Sicherheitsbehörden zählen aktuell etwa 25'000 «Reichsbürger» und «Selbstverwalter». Davon werden aktuell 2500 als gewaltorientiert eingestuft. Seit Jahren, beginnend mit der Zeit der Corona-Pandemie von 2020 bis 2022, steigt die Zahl der «Reichsbürger» und «Selbstverwalter» stetig an. Dieser Trend ging mit dem Ukrainekrieg und den wirtschaftlichen Folgen für Deutschland weiter. «Reichsbürger» und «Selbstverwalter» lehnen die Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtssystem, damit verbunden auch deren Politikerinnen und Politiker sowie Beamtinnen und Beamte, ab. In unterschiedlicher Ausprägung leugnen sie die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und berufen sich dazu auf einzelne Zeitabschnitte des historischen Deutschen Reiches, Verschwörungserzählungen oder ein selbstdefiniertes Naturrecht.

Schilder und Wappen

Nach Angaben der deutschen Verfassungsschutzbehörden ist eine trennscharfe Unterscheidung zwischen «Reichsbürgern» und «Selbstverwaltern» teilweise nur schwer zu treffen. «Reichsbürger» lehnen die Bundesrepublik Deutschland unter Berufung auf ein wie auch immer geartetes «Deutsches Reich» ab.

«Selbstverwalter» dagegen behaupten, sie könnten durch eine Erklärung aus dem deutschen Staat austreten und seien daher nicht an dessen Gesetze gebunden. Unter Berufung auf eine UN-Resolution, die es angeblich ermögliche, aus der Bundesrepublik Deutschland aus- und in eine «Selbstverwaltung» einzutreten, markie-



In diesem Haus erschoss ein «Reichsbürger» einen Polizeibeamten.

ren manche ihr Wohnanwesen zum Beispiel durch Grenzziehungen, Schilder und Wappen, um ihren angeblich souveränen Verwaltungsraum zu kennzeichnen. Teilweise wird dieser unter Berufung auf ein Widerstandsrecht gewaltsam verteidigt, erklärt das Bundesamt für Verfassungsschutz. Hinzu kommen verschiedene Verschwörungserzählungen.

Mischszene mit Rechtsextremisten

Ein Teil der «Reichsbürger» und «Selbstverwalter», 2500 Personen, ist nach Angaben der deutschen Verfassungsschutzbehörden auch dem Rechtsextremismus zuzurechnen. Ideologische Überschneidungen finden sich im Bereich des Gebiets- und Geschichtsrevisionismus, bei völkischem und teilweise nationalsozialistischem Gedankengut sowie bei antisemitischen Ideologeelementen.

Vor allem in diesem rechtsextremistischen Teil der «Reichsbürger-» und «Selbstverwalter»-Szene und im Zusammenhang mit Verschwörungstheorien werden antisemitische Ideologeelemente verbreitet. Diese reichen von klassischen antisemitischen Narrativen wie etwa einer «globalen jüdischen Finanzelite» über offenen antisemitischen Verschwörungstheorien, wonach beispielsweise der Erste Weltkrieg von «den Juden» geplant worden sei, bis hin zur Leugnung des Holocausts. Seit 2023 beobachten die deutschen

Sicherheitsbehörden eine «Mischszene», «Vernetzungs- und Vermischungstendenzen» mit den Extremismusbereichen Rechtsextremismus und «Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates». Verbindende Ideologeelemente dieser drei Extremismusbereiche sind das verschwörungsgläubige Gedankengut und eine staats- beziehungsweise demokratiefeindliche Einstellung. Vernetzungen gibt es beispielsweise bei Demonstrationen und in gemeinsamen Telegram-Gruppen.

Gewalt gegen Beamte

Seit Jahren ist den deutschen Sicherheitsbehörden das Gewaltpotenzial von «Reichsbürgern» und «Selbstverwaltern» bekannt und bewusst. 2016 erschoss der «Reichsbürger» Wolfgang P. in Georgensgmünd (Bayern) einen SEK (Sondereinsatzkommando) - Beamten, als dieser 30



«Reichsbürger» vor dem Bundestag in Berlin.

Waffen bei ihm sicherstellen wollte. Er hatte sich im obersten Stockwerk seines Hauses in schussicherer Weste verschanzt und schoss auf Kopfhöhe durch die Türe, hinter der er den Beamten atmen hörte. Vier Polizeibeamte wurden beim Einsatz verletzt, einer starb unmittelbar. Wolfgang P. wurde wegen Mordes an einem Polizeibeamten, versuchten Mordes und gefährlicher Körperverletzung zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt.

Auch im Jahr 2016 schoss der «Selbstverwalter» Adrian U., ein ehemaliger «Mister Germany», bei der Zwangsräumung seines Hauses in Sachsen-Anhalt wegen einer Zwangsräumung (Schulden und Zwangsversteigerung) auf einen Polizeibeamten, das Projektil prallte am Helmvisier des Polizeibeamten ab und verletzte diesen am Hals.

Nach dem Mord in Bayern und der versuchten Tötung in Sachsen-Anhalt haben sich zahlreiche weitere Fälle von Gewalt gegen Polizeibeamte durch «Reichsbürger» und «Selbstverwalter» ereignet. Im Zusammenhang mit der Vollstreckung eines Haftbefehls im Juni 2023 in Weidhausen (Bayern) griff ein «Reichsbürger» mit einer zehn Kilogramm schweren Ei-


senstange Polizeibeamte an. Im März 2023 setzte ein «Reichsbürger» in Reutlingen seine Schusswaffe ein. Anfang Februar 2022 überfuhr ein «Reichsbürger» während einer Verkehrskontrolle in Efringen-Kirchen (Baden-Württemberg) absichtlich einen Polizeibeamten und verletzte diesen schwer. Das Oberlandesgericht Stuttgart verurteilte den 62-jährigen «Reichsbürger» Ende März 2023 zu zehn Jahren Haft.

Im April 2022 kam es während einer Durchsuchung zur Sicherstellung von Waffen bei einem «Reichsbürger» in Boxberg (Baden-Württemberg) zu einem Schusswaffeneinsatz. Der Mann schoss mit einer Kriegswaffe mit insgesamt 40 Schuss auf die Polizeibeamten eines SEK und verletzte zwei Beamte schwer. Wegen versuchten Mordes und schwerer Körperverletzung in mehreren Fällen wurde der «Reichsbürger» zu 14 Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt. Die Staatsanwaltschaft hatte eine lebenslange Freiheitsstrafe für ihn gefordert. Im August 2022 eskalierte eine polizeiliche Durchsuchungsmassnahme in Lauta (Sachsen). Der 61-jährige verdächtige «Reichsbürger» verweigerte den Polizeibeamten den

Zutritt und attackierte diese mit einer Axt. Die deutschen Verfassungsschutzbehörden bezeichnen es als besorgniserregend und bezeichnend, dass gerade das oben beschriebene Morddelikt und die versuchten Morde innerhalb der «Reichsbürger»- und «Selbstverwalter»-Szene – häufig auch online – als erfolgreicher «Widerstand» gefeiert werden.

Fazit

Die oben exemplarisch beschriebenen Gewalttaten von «Reichsbürgern» und «Selbstverwaltern» sind ein Indiz dafür, dass die Täter vor allem im Zusammenhang mit staatlichen Massnahmen eine erhöhte Gewaltbereitschaft aufweisen. Auch aufgrund ihrer hohen Waffenaffinität stellen «Reichsbürger» und «Selbstverwalter» ein erhöhtes Gefährdungspotenzial dar. In den USA wurden durch Personen aus einem vergleichbaren Spektrum («Sovereign Citizens») bereits mehrere Polizisten getötet.

Das Gefährdungspotenzial von «Reichsbürgern» und «Selbstverwaltern» darf angesichts des Waffenbesitzes vieler nicht unterschätzt werden. Bei einem «Reichsbürger» in Salzkotten wurde im Februar 2023 bei Durchsuchungen eine beträchtliche Anzahl von Waffen beschlagnahmt, darunter 29 Maschinengewehre, 20 Maschinenpistolen, 78 Repeatinggewehre, sieben halbautomatische Gewehre, große Mengen Munition, Pistolen sowie ein Luftabwehrgeschütz. Im Jahr 2023 wurden rund 200 «Reichsbürgern» und «Selbstverwaltern» waffenrechtliche Erlaubnisse entzogen. Ende 2023 verfügten noch etwa 400 «Reichsbürger» und «Selbstverwalter» über mindestens eine waffenrechtliche Erlaubnis. Versuche von Verwaltungsmitarbeitern, säumige Gebühren und Steuern einzutreiben, werden als «Plünderung» oder «Kriegserklärung» bezeichnet. Verschwörungsglaube und Staatshass können die Grundlage für Radikalisierungsprozesse bis hin zur Gewaltanwendung sein. Angehörige dieses Extremismusbereiches behindern Gerichte, Polizei und Behörden in ihrer Arbeit und bedrohen deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Jeder staatliche Eingriff – gerade auch ein Entzug waffenrechtlicher Erlaubnisse – kann erhebliche Aggressionen und Gefahrensituationen auslösen. 



Schild am Hauseingang eines «Reichsbürgers».